

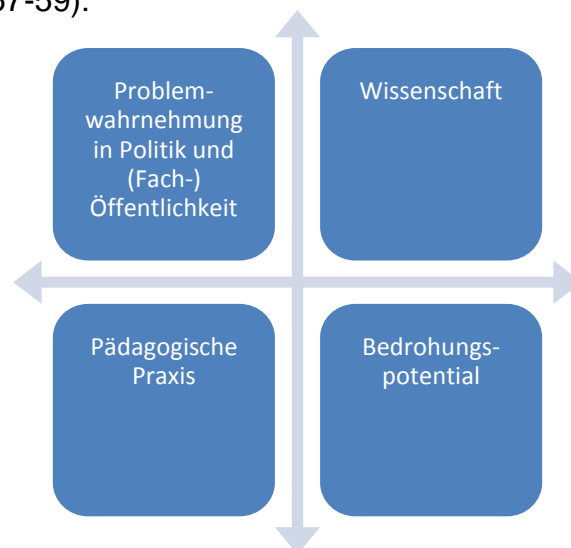
Christian-Friedrich Lohe, Karin Schreibeis, Frank Hofmann, Miriam Beier, Moritz Kilger

Fokus (*Links-*)Extremismus? Entwicklungen und (Zwischen-) Ergebnisse des Projektes „Demokratische Kompetenzen im Diskurs entwickeln“¹

Das in der Europäischen Jugendbildungs- und Jugendbegegnungsstätte Weimar (EJBW) durchgeführte Projekt „Demokratische Kompetenzen im Diskurs entwickeln“ (Förderung durch das BMFSFJ seit 2010) setzt bei der präventiven Vermittlung von Schlüsselkompetenzen (vgl. Reinhardt 2004) an, die im Rahmen der Stärkung der Demokratie sowie in der differenzierten und kritischen Auseinandersetzung mit dem Phänomen des (*Links-*)Extremismus von Bedeutung sind. Insbesondere der letzte Aspekt stand zum Zeitpunkt der Initiierung des Projekts aus guten Gründen in der (Fach-)Öffentlichkeit in der Kritik (vgl. Ballhausen 2011). Mittlerweile kann von einer veränderten Situation gesprochen werden. Das Projekt möchte mit einer Darstellung der Entwicklungen und (Zwischen-)Ergebnisse Diskussionsräume und Handlungsfelder eröffnen.

Konzept

Das Konzept des Projektes war bzw. ist in ein doppeltes Spannungsfeld gestellt (vgl. Ballhausen 2011, S. 57-59):



¹ Arbeitstitel des Bundesmodellprojektes: „Auseinandersetzung mit antidemokratischen gewaltbereiten linksextremistischen Strömungen“, gefördert durch das BMFSFJ im Rahmen der „Initiative Demokratie stärken“. Im Rahmen des Extremismusprogramms des BMFSFJ versteht sich das Projekt als Teil eines lernenden Programms. Die Projektlaufzeit beträgt drei Jahre (2010-2013).

Aus diesem Spannungsfeld lassen sich vier Thesen ableiten:

1. Die Begriffe *Extremismus* und *Linksextremismus* stehen ob ihrer Eindimensionalität und Uneinheitlichkeit in der Kritik und bedürfen einer genaueren Analyse. Die EJBW hat mit dem Projekt „Demokratische Kompetenzen im Diskurs entwickeln“ die Chance, sich aktiv und mit Gewicht in diese Debatte einzubringen und als etablierte Einrichtung der Politischen (Jugend-)Bildung um die Verwendung eines differenzierten *Linksextremismus*-Begriffs zu ringen.
2. Die EJBW hat die Möglichkeit, in einer Auseinandersetzung mit dem Thema *Linksextremismus* auf die Schwächen des Begriffs und die mit seiner Anwendung verbundenen Irritationen hinzuweisen sowie eine entsprechend konstruktive Praxis zu erarbeiten.
3. Die Erfahrungen im Rahmen des Projektkontextes können in der Debatte um die Definition, die Grenzen und die Anwendung des Begriffs *Linksextremismus* innovierende Impulse setzen.
4. Die EJBW trägt dem Umstand Rechnung, dass es in unserer Gesellschaft Irritationen innerhalb des linken politischen Spektrums gibt – selbst wenn diese nicht unter dem Begriff des *Linksextremismus* subsumierbar sind –, die das Projekt ansprechen kann.

Die EJBW möchte den Blick schärfen für eine Korrelation zwischen der (mangelnden) Diskursfähigkeit junger Menschen und Multiplikator_innen und antidemokratischen, gewaltbereiten Tendenzen.

Dabei versteht sich Diskurs im Sinne Foucaults zum einen als „komplexe Praxis“, die „soziale[n] und gesellschaftliche[n] Sinn generiert [...], in dem verschiedenste Elemente zueinander in Beziehung gesetzt werden und damit als differente Elemente verstanden werden“ (Nonhoff 2005, S. 23). Nachdem sich Diskurse institutionalisiert haben und somit auf Regeln und Funktionsweisen beruhen, lassen sie sich als (soziale) Praktiken verstehen. Im vereinfachten Sinn sind diese Praktiken mit ihren inhärenten Wahrheiten Ausgangspunkt für (soziale) Ordnungen bzw. Ideologien (vgl. Landwehr 2009, S. 72-74; auch Bührmann 2008, S. 9). Falls der Diskurs, der sowohl verschiedene Elemente als auch Beziehungen dieser Elemente integriert, abbricht und sich Denksysteme nur in Rückbezug zu sich selbst gültige Wahrheiten erschließen, entsteht nach unserem Dafürhalten ein Potential, das antidemokratischen, gewaltbereiten Tendenzen Vorschub leistet.

Inhalt

Das Projekt „Demokratische Kompetenzen im Diskurs entwickeln“ war so angelegt, dass der Fokus zunächst auf der Vermittlung von sechs inhaltlichen Schlüsselkompetenzen lag:

- I Historische Kompetenz / Modul Vergangenheit
- II Differenzierungskompetenz / Modul Werte
- III Verfassungskompetenz / Modul Ordnung
- IV Utopiekompetenz / Modul Zukunft
- V Politik- / Diskurskompetenz
- VI Engagement- / Partizipationskompetenz

Es sollen in der Gesamtheit jene Fähigkeiten angesprochen werden, die „die Grundlage für die Verankerung einer demokratischen Gesamtkultur [...] schaffen“ (Ballhausen 2011, S. 59). Demokratie wird als Lebensform verstanden, die einer ausgeprägten Empathie-, Reflexions-, Urteils-, Kritik- und Handlungsfähigkeit bedarf.²

Das Projekt realisiert seine Inhalte auf vier Feldern:



² Vgl. Himmelmann. An dieser Stelle wird nicht auf die Diskussion des Verhältnisses von Politischer Bildung und Demokratie-Lernen/ -pädagogik Bezug genommen. Vielmehr wird auf eine Verbindung zwischen Persönlichkeits-Haltung/-Bildung und Demokratie gesetzt oder anders – in Rückbezug auf die benannte Diskussion und Bernhard Sutor – formuliert: es soll ein demokratisches Person-in-der-Gesellschaft-Sein gelernt werden.

Ziele

Das Projekt verfolgt einen Präventions-Ansatz. Prävention wird häufig übersetzt mit der Vermeidung eines unerwünschten Ergebnisses durch gezielte Maßnahmen. So verstanden, intendiert Prävention einen gültigen Konsens über eine Problemlage und das Wissen um eine wirksame pädagogische Praxis. Im Bereich der sog. *Linksextremismus*-Prävention lässt sich weder auf exakte Verweise zur Problemlage oder auf belastbare Forschungsergebnisse noch auf eine konkrete Praxis zurückgreifen.

„Demokratische Kompetenzen im Diskurs entwickeln“ – verstanden als lernendes Projekt – verfolgt demgegenüber einen Präventions-Ansatz, der pro-demokratisch befähigen und nicht anti-*linksextrem* aufklären möchte.³ Das Projekt möchte ein Repertoire an Lerngelegenheiten und Orten des Nachdenkens über unsere Gesellschaft schaffen. Die sechs inhaltlichen Schlüsselkompetenzen werden im Diskurs vermittelt. Die zunächst intendierten Ziele des Projektes können in diesem Sinn wie folgt skizziert werden:

- Erarbeitung einer Problembeschreibung;
- Zur-Verfügung-Stellen von Ermöglichräumen für demokratisches Handeln;
- Arbeit mit allen jugendlichen Zielgruppen;
- Akquisition linksideologischer Zielgruppen;
- Beobachtung und Prüfung, welche Annahmen sich in der pädagogischen Praxis spiegeln (entsprechend der Verweise in den aktuellen Verfassungsschutzberichten oder entsprechend der These des „Phantomschmerzes“ [Ballhausen 2011, S. 57]);
- Erarbeitung spezifischer, an den Bedürfnissen der Zielgruppe orientierter Materialien und Methoden;
- Berücksichtigung von Grundlagen in Wissenschaft und Forschung, um einen hohen Reflexionsgrad zu gewährleisten;
- Erkennung und Bearbeitung von Ursachenmechanismen von Extremismen, menschenfeindlichen Einstellungen und radikalem, gewaltbereitem Handeln.

Das Konzept des Projektes sieht vor, spezifisch als *linksextrem* kategorisierte Themen sensibel und in Abhängigkeit von Situation und Gruppe einzubinden. Die Inhalte waren so angelegt, dass, wenn sich ein *linksextremistisches*

³ Darüber hinaus „funktioniert“ (non-formale und informelle) Bildung nicht mechanistisch. Die Wirksamkeit non-formaler und informeller Bildung lässt sich – insbesondere in kurzzeitpädagogischen Settings – auch nicht auf einen „leicht messbaren“ Output reduzieren.

Bedrohungspotential zeigen sollte, gezielt darauf angesprochen werden konnte.⁴ Das Projekt ist in dieser Weise formuliert worden, um der Gefahr vorzubeugen, interessengeleitetes Instrument der Zuwendungsgeber_in zu werden.

Entwicklungen und Ergebnisstränge

Auf eine systematische sozialwissenschaftliche Expertise zum Begriff *Linksextremismus* lässt sich nach wie vor nicht zurückgreifen. Der Habitus linksideologischer Zielgruppen und daraus entstehender Extremismen ist nicht verlässlich bestimmbar. Das macht eine präzise Orientierung von Inhalten, Zielen und Zielgruppen schwierig. Um ein mögliches Vorhandensein *linksextremistischer* Einstellungsmuster und Einstellungen feststellen zu können, haben wir auf der Grundlage von Ursachenmechanismen von Menschenfeindlichkeit und Extremismen folgende Kriterien⁵ zu Grunde gelegt:

- Gewaltbereitschaft,
- Theorie sozialer Identität/ Abgrenzungsmechanismen
- autoritäre Persönlichkeit,
- Individualisierung und Orientierungslosigkeit,
- soziale Desintegration,
- Ökonomisierung des Sozialen.

Nach diesen Kriterien ist ein Vorhandensein *linksextremer* Einstellungsmuster und Einstellungen – zumindest in Form eines Rückgriffes auf geschlossene *linksextreme* Welt- und Menschenbilder – nicht gegeben.

Im Vergleich dazu haben wir jedoch die Erfahrung gemacht, dass Extremismen, die Ursachenmechanismen für Radikalisierungsprozesse befördern können, bis in die Mitte der Gesellschaft, hier: über alle Zielgruppen hinweg, latent vorhanden sind. Dabei handelt es sich nicht (nur) um klassisch als *rechtsextrem* bezeichnetes Gedankengut, wie Ungleichheitsvorstellungen, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus, Rassismus und Nationalismus, sondern um Extremismen als Versatzstücke, die aus ihren klassischen Kontexten herausgelöst sind. Es sind v.a. folgende Ausgrenzungs-

⁴ Jedes der Module enthält ein sog. Anti-Extremismustool, d.h. ein Tool, in welchem die Teilnehmenden erfahren, wo demokratiegefährdendes Potential vorhanden ist bzw. wo sich Extremismen niederschlagen.

⁵ Vgl. zu Gewaltbereitschaft: Heitmeyer/ Hagan 2002; zu Abgrenzung zwischen sozialen Gruppen - Theorie sozialer Identität: Tajfal 1984; zur autoritären Persönlichkeit: Adorno et. al. 1950; zu Individualisierung und Orientierungslosigkeit: Beck 1986, Heitmeyer u.a. 2011; zu Soziale Desintegration: Heitmeyer/ Anhut 2000; zu Ökonomisierung des Sozialen: Messner/ Rosenfeld 2001.

und Diskriminierungsmechanismen, welche in der jugendlichen Realität eine Rolle spielen:

- Sozialchauvinismus,
- Sexismus,
- Homophobie.

In Bezug auf Gewaltbereitschaft möchten wir in diesem Zusammenhang nicht von politisch motiviertem Gewaltpotential sprechen, jedoch von anti-demokratisch bzw. „anti-sozial“ motiviertem Gewaltpotential. Immer wieder stellt sich so die Frage nach der Grenzlinie, wann etwas noch als demokratisch bzw. wann etwas nicht mehr als demokratisch gelten kann.

Gleichwohl: Die Bedrohungslage, wie sie in den Verfassungsschutzberichten zu einer politisch motivierten *linksextremistischen* Gewalt nachgezeichnet wird, lässt sich aus unserer Sicht nicht bestätigen. Hier sei nur an die Diskussion erinnert, wo Gewalt anfängt und wo sie demokratiefeindlich ist und wird. Unabhängig von der Vielzahl an Publikationen über dieses Thema (vgl. Heitmeyer/ Hagan 2002) sollte nach unserem Dafürhalten der sozialwissenschaftlichen Bestimmung der Grenzlinie, z.B. der Wechselwirkung von Militanz und Gewalt, besondere und gezielte Aufmerksamkeit geschenkt werden. Darin sehen wir auch das Innovationspotential des Projektes.

An dieser Stelle geht es nicht darum, Menschenfeindlichkeiten und Extremismen, die sich auf eine als links einzuordnende Ideologie beziehen, auszuschließen. So wie andere Formen von Extremismus lassen sich diese auch in der so genannten Mitte der Gesellschaft feststellen. Aber inwieweit die bisherigen Erhebungsmechanismen der Verfassungsschutzbehörden und der Polizei solche politisch motivierten Gewalttaten tatsächlich abbilden, bleibt fraglich. Diesbezüglich bleibt zu hoffen, dass die im Rahmen des Bundesprogramms gerade laufenden wissenschaftlichen Forschungsprojekte weitere Erkenntnisse liefern.

Grundsätzlich halten wir die bisher existierende Extremismustheorie für ein ungeeignetes Instrument, um antidemokratische, gewaltbereite und *linksextremistische* Strömungen und Tendenzen einzuordnen. Die Extremismus-Theorie ist so angelegt, dass sie durch einen geradlinigen Erklärungsansatz folgendes Bild erzeugt: An den jeweiligen Rändern stehen die politischen Extreme, dazwischen befindet sich die demokratische Mitte, welche sich – je unterschiedlich nach dem zu Grunde liegenden Schema sowie nach seiner amtlichen oder wissenschaftlichen Verwendung – im Hinblick auf Radikalisierungstendenzen von den linken und rechten Extremen abhebt (vgl. Kailitz 2004, S. 25; zur Verwendung durch die Verfassungsschutzbehörden Stöss 2005, S. 18). Die Gegenüberstellung von *Rechts-* und *Linksextremismus* führt in der öffentlichen Debatte oft zu der Annahme, dass es sich um ähnliche Phänomene handle oder dass das eine das

Gegenteil des anderen sei. Darüber hinaus sagt das Schema nichts über die zu Grunde liegenden Welt- und Menschenbilder aus, sodass die dem *Rechtsextremismus* inhärente Ideologie der Ungleichwertigkeit von Menschen und die damit verbundene Ablehnung grundlegender Menschenrechte ggf. an Bedeutung verliert (vgl. Stöss 2005, S. 19; Lazar et. al. 2010, 8, auch Kailitz 2004, S. 16).

Unabhängig von Radikalisierungstendenzen, die es durchaus gibt und die wir auch im Projekt thematisieren, bezieht sich unsere Kritik nicht nur auf die Gefahr einer möglichen Gleichsetzung der beiden politischen Extreme, sondern auch auf die Eindimensionalität des Theoriemodells an sich. Die politische Realität in Deutschland ist unseres Erachtens wesentlich komplexer. Was rechts und was links ist, das lässt sich nicht genau verorten. Schon der Soziologe Seymour Martin Lipset unterstreicht, dass es mindestens zweier Dimensionen (sozialistisch-kapitalistisch und demokratisch-autoritär) bedarf, um politische Akteur_innen einordnen zu können. Diesem Gedanken folgend, basiert das Projekt „Demokratische Kompetenzen im Diskurs entwickeln“ auf einem mehrdimensionalen Modell, welches den politischen Raum durch eine Fokussierung auf Wertekonflikte abbildet (Stöss 2005, S. 21).⁶ Auf dieser Grundlage stehen Extremismen nicht an den Rändern, sondern sind an mehreren Orten bzw. Gruppen über die Gesellschaft hinweg zu verzeichnen.

Vor diesem Hintergrund halten wir es für sinnvoll und konsequent, das breite Aktionsfeld zur Auseinandersetzung mit dem *Rechtsextremismus* weiterhin zu stärken. Gleichzeitig braucht es aber Aktionsfelder, die sich analysierend mit Extremismen, gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, *Hate Crime*, den Erkenntnissen der Bewegungsforschung und antidemokratischen Radikalisierungsprozessen auseinandersetzen. Nach unserer Erfahrung kann es als lohnenswert gelten, sich – ungeachtet der Kategorisierung *Links-* und *Rechtsextremismus* – mit der Dynamik zwischen diesen Phänomenen zu beschäftigen, um „gesellschaftliche Mangelerscheinungen“ hinsichtlich einer Gefährdung der Demokratie aufzudecken und eine gezielte präventive pädagogische Praxis zu entwickeln.

Eine Politische Bildung, die sich an diesem Verständnis orientiert, wird sich nach unserem Dafürhalten umorientieren müssen. Es kann nicht mehr nur um die Auseinandersetzung mit Regeln und Funktionsweisen von Institutionen und institutionalisierten politischen Prozessen gehen. Vielmehr eröffnet sich ein Bereich Politischer Bildung, der *Empathie- und Urteilskraft stärken* will, der Fragen nach *Menschen- und Weltbild, Lebens- und Wirklichkeitsmodellen* in den Fokus rückt und *Demokratie als Beziehungs- und Prozessform* begreift, für die sich jede_r aufs Neue bewusst entscheiden muss. Politische Bildung, die die benannten Phänomene ernst nimmt, lässt sich als *Zivilgesellschaftliche Bildung* bestimmen. Zivilgesellschaftliche

⁶ Stöss unterstreicht hier die Schwierigkeit, an dem Rechts-Links-Schema festzuhalten.

Bildung verweist auf das Person-in-der-Gesellschaft-Sein, die Fähigkeiten und die Bereitschaft, sich beteiligen zu können und zu wollen. Sie zielt auf die Bürger_innen als Personen, die ihren Aktivitätsgrad bewusst selbst bestimmen und sich als Gestalter_innen der Gesellschaft erleben.

Derzeit setzt das Projekt „Demokratische Kompetenzen im Diskurs entwickeln“ anhand der Idee der *Zivilgesellschaftlichen Bildung* drei Seminarmodule um:

I Differenzierungskompetenz / Modul Werte

II Verfassungskompetenz / Modul Ordnung

III Utopiekompetenz / Modul Zukunft

Die Entwicklung eines Moduls *Historische Kompetenz* ist wünschenswert, innerhalb der Projektlaufzeit jedoch nicht mehr zu realisieren. Darüber hinaus hat sich gezeigt, dass die Module *Diskurs- und Partizipationskompetenz* die bereits realisierten Module als Querschnittsthema durchziehen.

Wir schätzen das Projekt insofern als erfolgreich ein, als es sein Innovationspotential auf dem Feld der Demokratiestärkung entfaltet. Jugendliche und Multiplikator_innen werden mit Hilfe des Projektes sprachfähig und sensibel. Sie erfahren ihre eigenen und die Werthaltungen anderer und werden zu einem Perspektivwechsel angeregt. Damit stärkt das Projekt die Urteilskraft und die Dialogfähigkeit.

Ursachemechanismen von Extremismen und Menschenfeindlichkeit werden auf diese Weise erkannt und die Auswirkungen auf das soziale Umfeld und die Gesellschaft diskutiert.

Perspektiven

Abschließend lässt sich sagen, dass es gelungen ist, sich umfassend, in institutionalisierter und differenzierter Form mit einem engen Bezug zur Lebenswelt von Jugendlichen mit dem Phänomen des (*Links-)*Extremismus auseinanderzusetzen. Gelungen, da sich nach drei Jahren Projektdauer, intensiver Auseinandersetzung mit externen Partner_innen und über 400 Teilnehmenden aus unserer Perspektive sagen lässt, dass sich ein Vorhandensein *linksextremer* Einstellungen und Haltungen im Sinne eines Rückgriffes auf geschlossene *linksextreme* Welt- und Menschenbilder nicht konstatieren lässt. Die EJBW sieht dieses Projektergebnis als eines der zentralsten an.

Gleichwohl sind – und das ist ein weiteres wesentliches Ergebnis – Jugendliche in Deutschland durch Extremismen gefährdet. Demokratie-Kompetenzen bedürfen einer expliziten und kontinuierlichen Förderung. Dass dieses Gefährdungspotential nicht nur an den Rändern der Gesellschaft zu verorten ist, sondern sich auch aus der Mitte der Gesellschaft heraus entwickelt (Stichworte: „Sozialchauvinismus“, „Sexismus“, „Homophobie“), macht den Sachverhalt umso besorgniserregender. Es

verdeutlicht die Notwendigkeit für die öffentliche Hand, auch weiterhin Präventionsprogramme gegen extreme Mentalitäten Jugendlicher und junger Erwachsener aufzulegen, die auch Multiplikator_innen, die in diesem Bereich tätig sind, einbeziehen.

Nach den nun gesammelten Erfahrungen sollten Präventionsprogramme sich aus unserer Sicht nicht auf einen Aspekt von *Extremismus* verengen, sondern sich mit den unter Konzepten wie *Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit*, *Hate Crime*, den Erkenntnissen der Bewegungsforschung und antidemokratischen Radikalisierungsprozesse subsumierbaren Einstellungsmustern, Einstellungen und Verhaltensweisen befassen und darüber hinaus ganz praktisch mit Jugendlichen und Multiplikator_innen arbeiten. Dies scheint uns ein zielführender Weg zu sein, um Demokratie als Lebensform bei Jugendlichen und Multiplikator_innen Wirklichkeit werden zu lassen.

Literatur:

Adorno, Theodor W. et. al. (1950): *The authoritarian personality*, New York.

Ballhausen, Ulrich (2011): Darf sich die politische Jugendbildung am Linksextremismusprogramm des BMFSFJ beteiligen – und wenn ja, in welcher Form? Anmerkungen zur aktuellen Debatte. In: *Journal für politische Bildung*, H 1, S. 56-61.

Beck, Ulrich (1986): *Risikogesellschaft: Auf dem Weg in eine andere Moderne*, Frankfurt a.M.

Bühmann, Andreas D./ Schneider, Werner (2008): *Vom Diskurs zum Dispositiv. Eine Einführung in die Dispositivanalyse*, Bielefeld.

Heitmeyer, Wilhelm/ Anhut, Reimund (2000): *Desintegration, Konflikt und Ethnisierung. Eine Problemanalyse und theoretische Rahmenkonzeption*. In: Dies. (Hrsg.): *Bedrohte Stadtgesellschaft*, Weinheim/ München, S. 17-75.

Heitmeyer, Wilhelm/ Hagan, John (2002): *Internationales Handbuch der Gewaltforschung*, Wiesbaden.

Heitmeyer, Wilhelm/ Mansel, Jürgen/ Olk, Thomas (2011): *Individualisierung heute: Verdichtung und Vernichtung?* In: Dies. (Hrsg.): *Individualisierung von Jugend. Zwischen kreativer Innovation, Gerechtigkeitssuche und gesellschaftlichen Reaktionen*, Weinheim/ Basel, S. 7-25.

Kailitz, Steffen (2008): *Politischer Extremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Eine Einführung*, Wiesbaden.

Landwehr, Achim (2009): *Historische Diskursanalyse*, Frankfurt a.M.

Lazar, Monika/ Jennerjahn, Miro/ Limburg, Helge (2010): Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit bekämpfen, Gewalt ächten, Scheindebatten vermeiden. http://www.b-b-e.de/fileadmin/inhalte/aktuelles/2010/10/nl21_arguhilfe.pdf, Onlinedokument, eingesehen am: 06.03.2013.

Messner, Steven. F./ Rosenfeld, Richard (2001): An institutional-anomie theory of crime. In: Paternoster, Raymond/ Bachman, Ronet (Hrsg.): Explaining criminals and crime. Essays in Contemporary Criminological Theorie, Los Angeles, S. 151-160.

Nonhoff, Martin (2005): Politischer Diskurs und Hegemonie. Das Projekt „Soziale Marktwirtschaft“, Bielefeld.

Reinhardt, Sybille (2004): Demokratische Kompetenzen. In: Edelstein, Wolfgang/ Fauser, Peter (Hrsg.): Beiträge zur Demokratiepädagogik. Eine Schriftenreihe des BLK-Programms: „Demokratie lernen & leben“, Berlin.

Stöss, Richard (2005): Rechtsextremismus im Wandel, Berlin.

Tajfal, Henri (1982): Gruppenkonflikt und Vorurteil. Entstehung und Funktion sozialer Stereotypen, Bern.